

PRESSEMITTEILUNG #383 -24. Juni 2022

Martin Habersaat:

Ganztagsschulangebote: Schwarz-Grün muss liefern!

Der nationale Bildungsbericht 2022 zeigt, dass Schleswig-Holstein bei den Ganztagsschulangeboten am weitesten hinter den Wünschen der Eltern herhinkt. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:

„Es hat in den vergangenen Jahren keinerlei Fortschritte beim gebundenen Ganztag gegeben. Beim offenen Ganztag haben Schulträger ihre Angebote ausgebaut - oftmals, um sich die teureren Hortangebote zu sparen oder um in den Kitas Raum für Krippenplätze zu schaffen. Nicht überall sind die Angebote so aufgestellt, dass sie Kinder und Eltern überzeugen. Das geht bei der Ausbildung des Personals los und endet bei der Frage nach Betreuung in den Ferien und Fragen der Schülerbeförderung. Wer aus einer Ganztagskita in die Grundschule wechselt, staunt oft über den Sprung nach unten.

Das im Oktober 2021 in Kraft getretene Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) regelt, dass für Kinder ab der ersten bis zum Beginn der fünften Jahrgangsstufe ein Betreuungsangebot von acht Stunden an fünf Tagen in der Woche vorgehalten werden muss. Im Schuljahr 2026/27 wird dieser Anspruch bereits für Schüler*innen der ersten Jahrgangsstufe gelten. Das wird eine der größten Herausforderungen in dieser Legislaturperiode. Schleswig-Holstein startet schlecht vorbereitet und die Landesregierung muss fast hoffen, dass viele Eltern dieses Recht nicht annehmen wollen. Im Interesse der Chancengleichheit wäre es allerdings wichtig, flächendeckend qualitativ hochwertige Angebote zu schaffen.

Nur auf Antrag der SPD wurde dieses Thema in der letzten Legislaturperiode überhaupt im Landtag beraten, mehr als Ankündigungen und Arbeitskreise hatte Frau Prien allerdings noch nicht zu bieten. Schwarz-Grün wird hier, wie in vielen anderen Bereichen auch, liefern müssen. Wir brauchen personell und räumlich gut ausgestattete Schulen, über Flure und Klassenräume hinaus. Wir brauchen Lehrkräfte, Erzieher*innen und weiteres Personal mit guten Arbeitsbedingungen, vom unbefristeten Vollzeitvertrag bis hin zum brauchbaren Arbeitsplatz. Wir brauchen Ressourcen und Konzepte und eine Landesregierung, die für beides sorgt.“